

Neuherausgegeben, Teil 691

XXIV. Jahrgang

Berlin, den 24. Dezember 1920

Nummer 52/53

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter



vol.
len.
auf
in g
in n
thig
atu
bet.
ber.
ent.
ten.
die
da
da
an
auf
ung
ig.
p. L.
die
ind,
iene
nter
nter
an
auf
lung
ig.
u.
nd
A.
nd.
te.
ig
it
s.
b.
ts.
E. 10

Weihnachtsgedanken



Das Weihnachtsfest ist wieder herangekommen und die wunderbaren Gedanken der Menschheitserlösung und des ewigen Friedens werden wach. Aber uniere raube Zeit ist züßelsüchtiger denn je geworden und die Menschen ächzen unter der Last, die ihnen das lächliche Schicksal und der dauernde Kriegszustand auf-erlegt haben.

Warum sind Not und Mähfal in unserem Erden-dasein so entsechlich groß, und warum blicken wir vergeblich empor zum gestirnten Himm-el, um unsern Stern zu finden, der uns auf den Erbhfer hinweist? Ach, alles, was wir im letzten Jahr-zeht an Kulturarbeiten aufbauten, ist heute gefährtet oder dem Verfall nahe. Die Jagd nach dem „Glück“, das heißt für die meisten: nach dem eigenen Wohlsein auf Kosten der anderen, hat heute solche traffe Formen angenommen, daß wir anscheinend überhaupt nicht mehr den Weg zum Aufstieg finden, sondern unablässig geht unsere Volkswirtschaft im Kasetempo abwärts. Denn alle Befehle und Verordnungen können uns nur helfen, wenn die große Mehrzahl des Volkes fest entschlossen ist, sie zu respektieren und danach zu handeln. Davon kann aber gegenwärtig gewiß nicht die Rede sein, und so rächt sich denn bis in die dritte Generation, was dieser unselige Weltkrieg ausgelöst hat auf allen Gebieten.

Jedoch in der finsternen Zeit des Jahres, da die Sonne unserer Zone nur wenige Stunden sichtbar wird, erwachsen unseren Vorahnern die stärksten Hoffnungen. Sie feierten das Fest der Winter-sonnenwende, und jeder wußte: Es muß doch wieder Frühling werden! Und das Christentum mit den sozialistischen und kommunistischen Ideen entstand in einer Zeit, da Krieg und Sklaventum den Erdball zu beherrschen schienen. Aus tiefster Nacht erwuchs der herrlich-poetische Gedanke von dem Zimmermanns-sohn, der die Welt erlöst von all dem Jammer, von Krieg und Not und Ungerechtheit.

Aber die Diener der christlichen Kirche haben sich im Laufe der Jahrhunderte nur allzu oft zum Herren des Menschen gemacht. Die Kirche führte selber Kriege und beließ es bei dem Sprüchlein:
Da drinnen alle Brüder,
Da draußen Herr und Knecht!

So wandten sich Millionen einem neuen Hoffnungsstern zu: Dem Sozialismus! . . .

Gewiß sind wir nach diesem furchterlichen Weltkriegbringen — das wir aber einzig und allein den kapitalistisch-imperialistischen Regierungen und ihrer Befolgschaft verdanken — auf eine so tiefe Elendstufe gekommen, daß viele am Sozialismus völlig verzweifeln und sich irgendeinem neuen Wunderglauben hingeben. Die einen lehrten zurück zum bürgerlichen Glauben: „Jeder sorgt für sich selbst und Gott für uns alle!“ Die andern erhoffen von der Gewaltanwendung gegen den Kapitalismus ihr Heil.

Sie wollen nicht länger warten und das unerträgliche Elend lieber noch vermehren, damit auf tieffter Leidensstufe der Menschheit endlich die rechte Erkenntnis kommt und sie sich jäh befreien von dem entsechlichen Druck des kapitalistischen Systems.

Wir, die in den Gewerkschaften seit Jahrzehnten für die Befreiung der unterdrückten Volks-schichten arbeiten, erkennen an, daß der Druck immer unerträglicher wird. Aber wir wissen auch, daß uns heute kein Wundermittel helfen kann; sondern nur der geeinte Wille aller Unterdrückten! Je mehr wir uns von unserer Einheit im Wollen entfernt haben, um so schwächer wurden wir und um so unverschämter erhob der Kapitalismus wieder sein Haupt.

Und da wir Anzeichen dafür sehen, daß die tiefste, dunkelste Stufe unseres Bruderzwistes über-wunden wird, dürfen wir in diesen finsternen Tagen unsere Blicke richten auf den Weg nach vorwärts. In Not und Sorge um Weib und Kind schreiet der junge Zimmermann durch die sternenklare Winternacht. Dort, fern am Wege, winkt ihm ein Häuschen, darin er kurze Rast halten kann.

Solche Hütte und Schutz in höchster Not ist | Winter-sonnenwende feiern! Millionen sind auf-dem denkenden Arbeiter stets die Organisation | gerüttelt und in den Mähstrom geraten. Noch ist gewesen. Wohl muß er weiterlämpfen | die Eisnacht nicht von uns gewichen, aber scharf blinlen die Sterne zu uns herüber. Die Sterne einer neuen Welt, da die Weihnachtshoffnungen der Menschheit in Erfüllung gehen: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohl-gefallen!“



Die Erhöhung unserer Verbandsbeiträge beschlossen.



ie vom Vorstand und -ausch den Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreiteten Anträge auf Erhöhung der Verbandsbeiträge und der Unterstützungslöhe für Streik-, Gemahregel-, Erwerbslosen- und Krankenunterstützung sind bei der erfolgten Urabstimmung mit 81 900 gegen 47 029 Stimmen angenommen worden. Wie hoch die Beiträge der einzelnen Beitragsklassen sind sowie die Höhe der Unterstützungslöhe ab 1. Januar 1921, ersehen unsere Kollegen aus Nr. 18 der „Gewerkschaft“, wobei wir aber ganz besonders darauf aufmerksam machen, daß die Erhöhung der Streikunterstützung, der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung erst nach Bezahlung von 26 Beiträgen in der neuen Beitragsklasse in Kraft tritt. Außerdem ist zu beachten, daß in den meisten Filialen Vorkaufschläge erhoben. Teilweise auch lokale Unterstützungen gewährt werden.

Durch das obengenannte Abstimmungsresultat haben unsere Mitglieder erneut den Beweis erbracht, daß sie die Zeichen der Zeit zu würdigen wissen. Wohl noch nie seit der Revolution hatten die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel einen so hohen Stand erreicht, wie gegenwärtig. Wie hat aber auch in letzter Zeit das Unternehmertum, einschließlich des Staates und der Stadtverwaltungen, Lohnforderungen seitens der Arbeiterschaft so ablehnend gegenüberstanden wie augenblicklich. Man spricht zurzeit in Presse und Parlament viel, sehr viel von der trostlosen Finanzlage, in der sich Staat und Kommunen befinden. Mandates schöne Wort vom „Preisabbau“ haben wir schon vernommen, indessen die Notlage der werktätigen Bevölkerung täglich größer wird. Wir haben sicher volles Verständnis für die finanziellen Schwierigkeiten, in der sich heute Deutschland mit allen seinen Gliedern befindet. Wenn aber abgebaut werden soll, dann darf unmöglich gerade da angefangen werden, wo ausgerechnet die Not am größten ist. Und erst recht nicht, so lange es einer kleinen Schicht von Menschen in Deutschland noch möglich ist, ein Schimmerleben schlimmster Art führen zu können und Kapitalisten und Aktionäre großer Unternehmungen noch Riesengewinne einheimen. So werden wir auch in kommenden Jahre unsere Hauptaufgabe wieder darin erblicken müssen, unsere Lohnverhältnisse so zu gestalten, daß unsere Kollegen wenigstens ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein führen können.

Das wird jedoch nicht überall und immer ohne ernsthafte Kämpfe möglich sein. Dies sowie eine Menge anderer Fragen, wie die beschlossene Durchführung der Sozialisierung und Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens und nicht zuletzt die immer mehr überhandnehmende Stärkung der Reaktion auf allen Gebieten stellen unsere Organisation und mit ihr die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands vor die Lösung gewaltiger Probleme. Da aber anerkannterweise all das Machtfragen sind, so bedarf es neben einer starken Organisation auch einer gefüllten Kasse. Von diesem Gesichtspunkt haben sich Vorstand und Ausschuss leiten lassen, als sie die Vorlage auf Erhöhung der Beiträge den Kollegen unterbreiteten, die dann erfreulicherweise durch ihre Urabstimmung sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht haben.

So betrachtet, kann das Abstimmungsresultat wohl als befriedigend hingenommen werden.

Andererseits zeigte uns aber die Abstimmung und die damit verbundenen Bescheidigungen, daß die Beitragserhöhung diesmal im allgemeinen die nünftige Aufnahme nicht gefunden hat, wie das beispielsweise das letztemal der Fall war. Es ist nicht möglich, in diesem Zusammenhang eingehend darzulegen, welche Ursachen und Gründe hierfür den Ausschlag gegeben haben. Nur auf einige markante Erscheinungen wollen wir hinweisen. Da ist zunächst eine, bei solchen Anlässen sich wohl bei allen Organisationen zeigende Abstim-

mungsbilauheit der Mitglieder zu verzeichnen. Nur 43,7 Proz. unserer Gesamtmitgliedschaft haben es für notwendig gehalten, ihrer Pflicht zu genügen.

Nach Gauen geordnet, ergibt die Abstimmung folgendes Resultat:

Gau	Kap der Stimmten	Es stimmten mit		Insgesamt	Gau	Kap der Stimmten	Es stimmten mit		Insgesamt
		ja	nein				ja	nein	
Münchberg	12	727	424	22	Stet	11	1065	602	26
Berlin	1	14382	16251	567	Münchberg	25	2495	944	56
Stettin	11	617	192	2	Georg	22	2732	1243	54
Frankfurt a. M.	20	1957	441	70	Wald	18	1811	378	9
Wien	15	1648	1613	12	Magdeburg	25	2595	587	23
Breslau	48	3241	1694	46	Warna	10	1298	166	51
Oldenburg	12	3191	1804	55	Wannheim	27	2479	618	2
Formbun	14	849	99	13	Köln	1	339	1935	37
Dresden	27	3041	1369	62	Witten	18	515	536	59
Zwickau	24	3170	1145	19	St. Augustin	13	458	485	4
Leipzig	25	1415	777	12	St. Augustin	7	323	187	5
Frankfurt a. M.	12	4164	262	61	Worms	23	1932	1247	13
Köln	17	1847	754	2	St. Augustin	5	398	274	8
Frankfurt a. M.	16	1329	393	7	Stettin	24	1862	1432	71
Hamburg	1	3549	363	108	Stuttgart	32	2197	883	26
Darmstadt	12	2273	531	24	Worms	21	3286	994	41
Leipzig	21	1481	719	9					
Hertelshausen	24	3950	1131	18					
Kassel	10	822	94	5					
						616	81900	47029	1097
						Ansgesamt 130626 Stimmen.			

Wir dürfen wohl annehmen, daß die meisten der Jubant-gebliebenen ohne weiteres mit der Beitragserhöhung einverstanden sind. Diese Annahme vorausgesetzt, würde ergeben, daß nur 15,7 Proz. gegen die Beitragserhöhung gestimmt haben. Bei der letzten Abstimmung im Mai d. J. waren es allerdings nur etwa 10 Proz., die ihre ablehnende Haltung bekundeten.

Nachdem nun aber die Beitragserhöhung beschlossene Sache ist, kann wohl von allen Kolleginnen und Kollegen erwartet werden, daß Disziplin gehalten wird. Unterordnung der Minderheit unter den Willen der Mehrheit, das ist der Grundstein, auf dem die deutsche Arbeiterbewegung groß, stark und mächtig geworden ist.

Wenn außerdem noch berücksichtigt wird, daß gleichzeitig mit der Beitragserhöhung auch unsere Unterstützungsbeirichtungen, voran die Streikunterstützung, eine wesentliche Erhöhung erfahren haben, dann kann es wirklich niemandem fallen, seine Pflicht zu erfüllen. Trotz alledem werden unsere gesamten Funktionäre in den nächsten Wochen so manchen Widerstand zu überwinden haben und dafür sorgen müssen, daß Mitgliederverluste nicht eintreten. Alles in allem betrachtet, bedeutet auch die jetzige Beitragserhöhung wiederum eine Stärkung unseres Verbandes nach innen sowohl als auch nach außen. Wir werden dadurch in der Lage sein, die an die Organisation herantretenden organisatorischen, wie auch agitatorischen Fragen zum Wohle der Gesamtkollegenchaft lösen zu können, vorausgesetzt, daß auch fernerhin jeder einzelne seine volle Pflicht tut. Von diesem Gedanken befeelt, soll uns das neue Jahr gerüstet finden.

Unser Mitgliederstand am 1. Dezember 1920.

Den für Oktober ermittelten Mitgliederverlust führten wir auf die zunehmende Arbeitslosigkeit und das dadurch bedingte Auscheiden nicht unterstützungsberechtigter oder ausgereueter Mitglieder zurück.

Die durch uns bei den betreffenden Filialen eingeleiteten Nachfragen nach den Ursachen des Rückganges haben unsere Annahme bestätigt. Die Filiale Breslau schreibt:

„Es sind im Laufe des letzten halben Jahres weit über 1000 Kollegen aus städtischen und staatlichen Betrieben ausgeschieden. Zum großen Teil sind diese noch arbeitslos, zu einem anderen Teil haben sie in der Privatindustrie Unterkunft gefunden und sind zu ihren Berufsverbänden übergetreten.“

Frankfurt a. M. berichtet, daß dieser Rückgang von Mitgliedern durch teilweise Stilllegung und Schließung von städtischen Betrieben und Anstalten (Krankenhäuser, Irrenanstalt, Müllverbrennung u. a.) sowie durch Durchführung der Demobi-

machungsbestimmung über Freimachung von Arbeitsstellen hervorgerufen wurde.

Die pünktliche Einsendung der Berichtskarte erfährt von Monat zu Monat eine Verbesserung. Während im Monat September 141 und im Oktober 120 nicht berichteten, sind es im Berichtsmontat nur noch 102 Filialen, deren Kassierer den Einsendungsstermin — 5. jeden Monats — verpaßt haben, darunter aus dem Gau Brandenburg allein 10. Aus den Gauen Lübed, Jwoikau und dem Bezirk Würzburg sandten alle Filialen pünktlich ein. Nur je eine Filiale berichtete nicht aus den Gauen Magdeburg, Bielefeld, Frankfurt a. M., Hannover und Mainz und den Bezirken Deggendorf und Traunstein.

Der Filialbestand ist mit 797 Filialen — im Vormonat 799 — ziemlich konstant geblieben. Eingegangen bzw. mit anderen Filialen verschmolzen sind: Brandenburg-Land, Neige, Wöllersdorf und Weener. Neu hinzugekommen: Saarbrücken und Koburg.

234 394 männliche, 61 150 weibliche, zusammen 295 544 Mitglieder zählten wie mit Schluss des Monats Oktober. Nach den für 1. Dezember eingelangten Berichtskarten werden 231 826 männliche, 63 781 weibliche, zusammen 295 610 Mitglieder gezählt. 15 Gauen weisen eine Zunahme von 1924, 17 Gauen eine Abnahme von 1853 Mitglieder auf, so daß gegenüber dem Vormonat, wie bereits eingangs erwähnt, eine Zunahme von 66 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging um 366 zurück. Der Gesamtzuwachs fällt also allein auf die männlichen Mitglieder, die gegenüber dem 1. November 432 Mitglieder zunahm.

Die nachstehende Tabelle zeigt die ganzweilige Entwicklung.

Gau Nr.	Gau	Zahl der Mitglieder am 1. Nov. 1923	Zahl der Mitglieder am 1. Dezember 1924			Zunahme	Zahl der Arbeitslosen
			männlich	weiblich	zusammen		
1	Magdeburg	5053	4428	422	4850	+ 203	91
2	Berlin	51788	35207	16591	51858	+ 70	728
3	Bielefeld	4092	3209	518	3787	+ 305	178
4	Brandenburg	5070	3936	1091	5027	+ 43	169
5	Bremen	7153	6548	640	7188	+ 85	66
6	Breslau	17410	11997	5848	17845	+ 65	560
7	Cöln-Ronn	11636	10406	1245	11651	+ 15	15
8	Dortmund	4163	3111	1118	4224	+ 61	2
9	Dresden	10898	8828	1981	10809	+ 89	299
10	Düsseldorf	11515	9259	2488	11747	+ 232	43
11	Erfurt	8909	3374	599	3973	+ 64	79
12	Frankfurt a. M.	10108	13174	3019	16193	+ 85	314
13	Frankfurt a. d. O.	4162	3690	605	4395	+ 233	189
14	Halberstadt	8753	3318	545	3863	+ 110	43
15	Hamburg	24825	19145	5317	24462	+ 63	602
16	Hannover	6772	5590	1162	6752	+ 20	50
17	Jena	5051	3738	1433	5171	+ 120	83
18	Karlsruhe	7749	6959	936	7898	+ 137	66
19	Kassel	3709	2899	743	3642	+ 87	9
20	Niel	4375	3259	1029	4288	+ 87	151
21	Rönigsberg i. Pr.	11579	8650	2665	11315	+ 244	151
22	Leipzig	6625	4799	1823	6622	+ 3	138
23	Lübed	4693	3682	1096	4778	+ 85	175
24	Magdeburg	6481	5504	929	6433	+ 82	249
25	Mainz	4781	3953	831	4784	+ 3	123
26	Mannheim	9953	8581	1453	10034	+ 31	41
27	München (Stadt)	9131	6477	2602	9079	+ 52	510
28	München (Bez. Deggendorf)	2114	1736	391	2127	+ 3	25
	Bez. Traunstein	1729	1096	142	1748	+ 19	62
	Bez. Regensburg	1464	1590	111	1701	+ 237	14
29	Rheinland (Bez. Würzburg)	7487	6367	946	7313	+ 174	153
	Bez. Bamberg	1752	1616	95	1711	+ 41	112
30	Stettin	6213	5301	1273	6574	+ 361	73
31	Stuttgart	7349	6370	897	7267	+ 352	100
32	Jwoikau	7770	6326	1445	7771	+ 1	364
33	Eingelmitglieder	222	142	80	222	—	3
* Abnahme		298544	234826	63784	298610	66	5970

Die Abnahme von 382 Mitgliedern im Gau Stuttgart erklärt sich daraus, daß die aus der Filiale Heuberg nunmehr für mehreren Monaten zum erstenmal wieder eingelangte Karte, gegenüber dem bisher übernommenen Mitgliederbestand, einen Rückgang von rund 500 Mitgliedern aufweist. Heuberg ist Truppenübungsplatz. Immer größer Kreise von Kolleginnen und Kollegen fallen der Wirtschaftskrise zum Opfer und werden dadurch der Arbeitslosigkeit preisgegeben.

5171 arbeitslose Mitglieder waren am letzten Tage der letzten Arbeitswoche des Vormonats vorhanden. Am gleichen Stichtag für den Berichtsmontat sind 4174 männliche, 1796 weibliche, zusammen 5970 Mitglieder arbeitslos gewesen. Dem Vormonat gegenüber demnach eine Zunahme von weiteren 480 Arbeitslosen.

Ueber die Einföhrung der Kurzarbeitszeit wurde wie folgt berichtet:

Es arbeiten in der Woche	in Betrieben	Arbeiter
48 Stunden und mehr	8394	278 631
46 und 47 Stunden	41	5 098
44 und 45 Stunden	14	2 864
40 bis 43 Stunden	29	2 136
36 bis 39 Stunden	80	599
32 bis 35 Stunden	16	578
28 bis 31 Stunden	8	141
24 bis 27 Stunden	80	244
weniger als 24 Stunden	20	216
	8582	280 476

Zu beachten ist bei der nächsten Einfindung von Karte und Fragebogen, daß die Rücksendung nunmehr als Brief und nicht als Drucksaft erfolgen muß, weil wir sonst unnützlich hohe Ausgaben für Strafpapier haben.

Unserer im vorigen Bericht ausgesprochenen Mahnung, daß bisher im Mitglieder- und Filialbestand Erreichte mit vereinten Kräften zu halten, sind die Kolleginnen und Kollegen nachzukommen. Wir wiederholen diese Mahnung mit dem Hinzufügen: „Das gewonnene Terrain muß weiter ausgebaut werden.“

Vom christlichen Gewerkschaftskongress.

Nach achtjähriger Pause haben in der Zeit vom 20. bis 24. November 1920 in Essen die christlichen Gewerkschaften wieder einen Kongress abgehalten. Natürlicherweise sind die christlichen Blätter von dieser Tagung sehr begeistert, ohne daß sie merken, welche Bewirtung dieser Kongress im christlichen Lager angerichtet hat. Herr Stegerwald, der ehemalige Generalsekretär und preussische Wohlfahrtsminister von heute, begründete in einem Vortrag über: „Die christlich-nationale Arbeiterkraft und die Lebensfrage des deutschen Volkes“, die Schaffung einer starken christlich-nationalen Volkspartei, die selbstverständlich in Deutschland allernächste Regierungspartei sein müßte. Da der katholische Volksteil dazu allein zu schwach sei, ist vielleicht eine politische Zusammenfassung der positiven Kräfte im katholischen und evangelischen Lager das Gebot der Stunde“, sagte Stegerwald. Das heißt also, er will die Zentrumspartei nunmehr auch auf die evangelischen Kreise ausdehnen. Zu diesem Referat sagte der Kongress eine Entschliebung, in der es u. a. heißt:

„Nicht im jetzigen Kampf der Extreme kann Deutschland gesunden. Einigen müssen sich in einer breiten Volkspartei alle Kreise, die da gut deutsch, christlich, demokratisch und sozial gesonnen sind. Von dieser Ueberzeugung geleitet, lehnt der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands deshalb auch jede weitere klassenmäßige Parteilagerpolitik und somit die Bestrebungen zur Bildung einer besonderen christlich-nationalen Arbeiterpartei ab. Die Partei der inneren deutschen Erneuerung muß alle schaffende Arbeit von Stadt und Land, der Werkstatt des Handwerkers wie des Künstlers und des Gelehrten, unter dem einen Wahlspruch des Dienstes am Gesamtwohl zusammenfassen. — Um dieses Ziel zu erreichen, beschließt der Kongress: 1. Es wird ein parlamentarisches Komitee gebildet, um alle die Kreise des deutschen Volkes, die auf dem berechtigten Boden stehen, zu einheitlichem, parteipolitischen Handeln zusammenzuführen und so der deutschen Politik im Inlande wie im Auslande wieder das erforderliche Vertrauen und Ansehen zu verschaffen. 2. Die bereits beschlossene Gründung einer für das Gebiet des gesamten Deutschen Reiches bestimmten und auf die gekennzeichneten Grundanschauungen aufbauende politische Tageszeitung wird lebhaft begrüßt. Den Grundstock der Leser des Blattes sollen die Vertrauensleute des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich antisemitisch, d. R.) bilden, um bei ihnen einen einheitlichen Willen für den deutschen Wiederaufbau herbeizuführen.“

Trotz dieses Referats und trotz vordiehender Resolutionen behauptet aber der christliche „Staatsarbeiter“ bei Besprechung des Kongresses: „Unsere Gewerkschaften bleiben nach wie vor parteipolitisch neutral und begnügen sich mit dem über den Parteien stehenden politischen Ziele.“ Erklärt mir, Graf Dordindur, diesen Zwiespalt der Natur! — In der gleichen Entschliebung wurde der Vorstand des Gesamtverbandes aufgefordert, im Verein mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (nicht zu verwechseln mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund! L. Red.), dem Reichsverband deutscher Konsumvereine und sämtlichen Organisations der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine Volksbank ins Leben zu rufen.

Die zweite christliche Größe, Herr Dr. L. H. Brauer, sprach über: „Christentum und Sozialismus“. In dem Referat finden sich u. a. folgende Sätze:

Der Sozialismus will den Kapitalismus fortsetzen und zugleich überwinden durch das Weiterstreben seiner jetzigen Tendenzen. Das

deren Aufgabe, verwendet zu werden. Der Kongress betont besonders, daß diese Maßnahmen keineswegs militärischen Zwecken dienen müssen, damit alle Anstrengungen der Völker auf den allgemeinen Frieden hingelenkt seien. — Der Kongress erklärt, daß diese Maßnahmen, deren Durchführung sich auf eine gewisse Frist verteilen wird, nicht unabhängig von den übrigen Forderungen der Arbeiterinternationale betrefend der Produktion, die Verteilung der Rohstoffe und die Kontrolle des Transportwesens, erfolgen dürfen. Sie müssen ebenso wie diese letzteren, zu einer Solidarisierung aller Völker für den Wiederaufbau der Welt durch die Arbeit führen.

Zur Frage der Sozialisierung ist Perichterstatter (Ludbeck, Sekretär (Holland). Er hat dem Kongress eine präzisere Druckschrift vorgelegt, in der er den Fortschritt der heutigen Wirtschaft nachweist und den heutigen Stand der Sozialisierungsfrage in den hauptsächlichsten Ländern aufzeigt. Er ergänzt diesen Bericht durch mündliche Ausführungen, in denen er auf die im jetzigen Stadium der Produktion bedingten Verschwendung an Material und Arbeitskraft hinweist. Die Kriegsfolgen aber haben bei allen Vorkämpfern die Ueberzeugung wachsen lassen, daß es so nicht weitergehen kann. Sie lehnen es ab, weiterhin nur für die Profitgier der Kapitalisten tätig zu sein, die die Produktion sogar künstlich einschränken, wenn ihnen dies vorteilhafter erscheint. Die britischen Fischhändler ließen sogar einen Teil des überreichen Fanges wieder ins Meer werfen, während die Deutschen ihre Schiffe auslegten, um die Preise hoch zu halten.

Tschunann (Deutschland) begrüßt die Behandlung der Sozialisierungsfrage durch den Internationalen Gewerkschaftskongress. Sie wird dazu beitragen, die Einheit der Arbeiter aller Länder zu erhalten oder wiederherzustellen, doch müsse sie durch die Macht der Gewerkschaften selbst, nicht durch Verbände irgendeines Organs des Völkerbundes, gelöst werden. Zu diesem Zwecke sollte der Internationale Gewerkschaftsbund die Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse in die Hand nehmen.

Der Kongress stimmte folgender Resolution zu:

Der am 22. November und den folgenden Tagen in London versammelte internationale Gewerkschaftskongress verurteilt die kapitalistische Produktionsweise, die die Allgemeinheit schädigt und nur Einzelpersonen Reichtum bringt. Mit Rücksicht auf die große Verzerrung, die die materielle Lage der Arbeiterschaft noch weiter herabdrückt und andererseits auf die auferlegten enormen großkapitalistischen Unternehmen: in weiterer Berücksichtigung des in fast allen Ländern herrschenden Mangels an den notwendigsten Bedarfsartikeln, demgegenüber die kapitalistischen Unternehmen absichtlich die Produktion einschränken, um durch erhöhte Preise ihre Gewinne einzukürzen, erklärt der Kongress, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, für die Interessen und die Erhöhung des Reichtums und der Macht einer kleinen Kapitalistenklasse zu produzieren. Der Kongress weist darauf hin, daß dieser Zustand die Arbeiter außer engste bedrückt und ihnen das Recht und die Pflicht auferlegt, sich darüber klar zu werden, daß eine möglichst große Menge der Bedarfsgegenstände der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden muß. Da diese unerträgliche Produktionsvermehrung jedoch nur in einem neuen Produktions- und Wirtschaftssystem verwirklicht werden kann, indem die Arbeit der Schaffenden auch direkt den Interessen der Gesamtheit dienbar gemacht wird, der Unternehmerprofi-

tiert und die Kapitalisten nicht mehr die Macht haben, diese Bestrebungen zum Nutzen ihrer egoistischen Interessen zu hemmen. Diese Verringerung der materiellen und moralischen Lebenslage der Arbeiterschaft ist nur möglich, wenn dieses neue System verwirklicht ist. Der Kongress fordert daher im Interesse der Gesamtheit die Sozialisierung des Grund und Bodens und der Produktionsmittel. Er hält es für erforderlich, daß sofort die Sozialisierung der Bodenschätze (Kohle, Erz, Salz, Phosphat usw.) und aller Transportmittel, wie überhaupt all derjenigen Produktionszweige begonnen wird, deren Sozialisierung dem Proletariat des betreffenden Landes durchführbar erscheint. Diese Umstellung darf jedoch nicht in der Weise vorgenommen werden, daß dem kapitalistischen Staat die Kontrolle dieser Intuitionen übertragen wird, sondern in aktiver Beteiligung der Gesamtheit an der Kontrolle durch die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Beauftragten. Der Kongress fordert außerdem, daß für die noch nicht sozialisierten Industriezweige die Umstellung vorbereitet und betrieben werden muß durch das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht, das den organisierten Arbeitern im Unternehmen zu sichern ist. Der Kongress fordert die Arbeiter der ganzen Welt auf, ihre wirtschaftliche und politische Macht im Einvernehmen mit den tätigen Genossen ihrer verschiedenen Organisationen zur Erreichung dieses Zieles einzusetzen. Er beauftragt das Bureau der Gewerkschaftsinternationale, sich mit den internationalen Berufssekretariaten der Bergarbeiter, Seelen und übrigen Transportarbeiter in Verbindung zu setzen, um das erstrebte Ziel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln sobald als möglich zu erreichen.

Eine Antwort an die Moskauer Internationale ist von einer Kommission bearbeitet worden. Die italienischen und die norwegischen Delegierten erklären dem, daß auch sie die Angriffe der Moskauer auf den Internationalen Gewerkschaftsbund nicht gutheißen, aber der Resolution nicht zustimmen können, weil darin eine Zustimmung zur Haltung gewisser Landeszentralen während des Krieges erblickt werden könnte.

Griffon (Belgien) verlangt, daß man endlich diejenigen Landeszentralen nenne, gegen deren Haltung man etwas einzuwenden habe. Auch möchte er wissen, ob Arragona, der Führer der italienischen Delegation, in Moskau Verpflichtungen eingegangen sei, die ihn zwingen, die Gewerkschaftsbewegung in die Moskauer Richtung zu drängen. Der Kongress beschloß, keinerlei Angriffe gegen die russischen Arbeiter, da man sehr wohl zwischen den dortigen Unterdrückten und Unterdrückten unterscheiden könne.

Arragona beruft sich auf seinen Sonderbericht an den Kongress, der die Resolution enthält, die er für den italienischen Gewerkschaftsverband in Moskau unterschrieben hat. Darin wird die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale als unfähig abgelehnt. Ferner heißt es darin, daß 1. die linksstehenden Elemente in den Gewerkschaften gebührend, dagegen die Führer, welche den Krieg unterstützen oder am Völkerbund mitarbeiten, bestraft werden sollen; 2. in den Gewerkschaften die bekannten kommunistischen Zellen geschaffen und 3. ein internationales Komitee geschaffen werden soll, das als Internationales Gewerkschafts-Sowjet dient und ähnliche Aufgaben durchführen soll. Der Medner sagt, daß er diese Forderungen für nötig hält, obwohl die italienischen Gewerkschaften der Moskauer Internationale nicht angeschlossen sind — im Gegensatz zur Partei — und in der Leitung sich Kommunisten nicht befinden. Wenn der Kongress diese ihre revolutionäre Hal-

Zum 25. Todestage Leopold Jacobys.

Am 20. Dezember 1895 starb Dr. Leopold Jacoby, der neben Jakob Audorf, Max Kugel u. a. zu den bedeutendsten Dichtern gehört, die die deutsche Arbeiterbewegung hervorgebracht hat.

Leopold Jacoby ist den Lesern der „Gewerkschaft“ kein Unbekannter. Zahlreiche seiner Trug- und Kampflieder zierten bereits unsere Zeitschrift und trugen zur Erweckung und Belebung des Klassenkampfgedankens unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern bei.

Der Dichter wurde am 29. April 1840 in Lauenburg in Pommern geboren. Er besuchte zunächst die Volksschule seiner Vaterstadt, darauf das Gymnasium in Danzig. Später studierte er in Warburg Medizin und promovierte zum Doktor der Naturwissenschaften. Den Krieg von 1870/71 machte er als Arzt mit; erst in Chalons, später vor Paris. Die Kommunardenfurcht des Generals Gallifet, besonders aber die widerwärtigen Auswüchse des Kapitalismus während der sogenannten Gründerjahre (1871—1874) machten ihn zum Sozialisten. Ende 1871 erschien seine Gedichtsammlung „Es werde Licht!“ Damit bekannte sich Jacoby zum ersten Male öffentlich als Sozialdemokrat. Diese Gedichtsammlung gehörte natürlich zu den ersten Opfern des Sozialistengesetzes. 1874 und 1876 erschienen die beiden ersten Teile seines Hauptwerkes: „Die Idee der Entwicklung“. 1877 gab Jacoby seine Stellung als Parlamentsstenograph auf, ging nach Zürich, Triest und Nordamerika, wo er an verschiedenen Orten Naturwissenschaften trieb. Nach seiner Rückkehr nach Europa ließ er sich in Mailand nieder. Dort dichtete er seine „Deutschen Lieder aus Italien“. Sie erschienen 1892 bei Poehl in München.

Folgendes Gedicht, das Jacoby dem Proletariat widmete, sei dem

großen Toten zum 25. Todestage seines Dahinscheidens, am 20. Dezember 1920, gewidmet:

Aus: „Klage“.

Stehst du das Gebäude dort mit den vielen Fenstern?
 Und die hohen Schornsteine ragen
 in den blauen Frühlingshimmel hinein?
 Trunken
 in dem ruhigen Raum,
 dort, wo der Kampf atmet,
 da spricht der Aesfel
 mit Fisch und Fisch:
 Du bist ein Mensch,
 du bist ein Mensch!
 Laß dich nicht schinden,
 laß dich nicht schinden!
 Aber droben,
 in dem weiten Saal,
 wo die Zulen schwirren
 und die Räder sausen,
 Kinder stehen da
 und wickeln haltig
 mit ihren Händen,
 und wickeln immer —
 ohne Erde —
 und sind doch Menschen
 und sind Kinder.
 Aber unweit daneben, da jstet die Erde
 vom Stoß des Hammers
 und von den eisernen Schlägen,
 und es zihelt und es hupelt und es klopfet

sung nicht dulden wollte, so würden sie natürlich die Folgerungen daraus ziehen.

Nachdem Kimmén und Stenhuís (Niederlande) noch gesprochen, wurde die bereits in Nr. 50 „Gew.“ veröffentlichte Resolution beschloffen.

Ein Zusatzantrag, der zum Ausdruck bringt, daß eine Regierung, auch eine kommunistische, nie zugleich als Leitung einer Arbeiterinternationale anerkannt werden kann, wurde gegen Vorworte bei Stimmeneinstimmung der Engländer und Tschechen angenommen.

Zur Frage der Besetzung des Ruhrgebietes hatte der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zur Untersuchung dieser Frage eine Kommission nach Deutschland geschickt, die aus Jouhaux und Meerheim (Frankreich), Mertens (Belgien) und Kimmén (Sekretär) bestand. Der Bericht dieser Kommission ist ein außerordentlich wichtiges Schriftstück von 35 Druckseiten.

Jouhaux (Frankreich) führt ergänzend aus, daß die Kommission sowohl die Gewerkschaften und Behörden wie die Unternehmerorganisationen aufgesucht und an allen Stellen jede gewünschte Auskunft erhalten habe. Die allgemeine Schlussfolgerung könne nur sein, daß die Zustände im Ruhrgebiet außerordentlich schwierig und unbefriedigend seien. Das Gebiet ist überbevölkert. Die Löhne haben auch nicht annähernd die gleichen Steigerungen erfahren wie die Kosten der Lebenshaltung. Dazu komme, daß die Lebensmittelpreise der Bevölkerung der Bevölkerung längst nicht genüge. Die Kommission müsse erklären, daß die vielerlei Behauptungen der Presse, besonders in den Entente-Ländern, deren einziger Zweck die Scheinmündigkeit des Volkes sei, vollständig jeder ernstlichen Grundlage entbehren. Die Bergarbeiter selbst haben uns nicht nur erklärt, daß sie alles tun, um die in Spa von ihrer Regierung eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sondern konnten uns auch zahlenmäßig den Nachweis erbringen, daß diese Verpflichtungen erfüllt worden, obwohl die ihnen auf der anderen Seite versprochenen besonderen Lebensmittellieferungen zum Teil ausbleiben sind. Dieser Mangel muß daher entscheidend der Behauptung entgegengetreten, daß die Bergarbeiter gegen die Ausübung des Mohlenabkommens seien. Damit ehren wir nicht nur den Geist, der die Deutschen Bergarbeiter befeuert, sondern gehören zugleich die Grundlage eines der schimmigen Pläne der Entente, der Besetzung des Ruhrgebietes. Für eine solche Besetzung durch die Entente besteht auch nicht einmal der Schatten eines Grundes. Die dahingehende Propaganda haben wir in Frankreich von Anfang an verurteilt, da wir die Gewalt als Regler der Beziehungen unter den Völkern nicht anerkennen können. Mit aller Macht müssen sich die Arbeiter gegen die Pläne der Militärschergenossen zur Wehr setzen, damit ihre zünftigen Verträge, in solch unerhörter Weise einen Vertrag zu brechen, zum Scheitern gebracht werde. Wir im französischen Gewerkschaftsbund sind bereit, hierbei unsere Pflicht, unsere volle Pflicht, zu erfüllen. Wir wissen, daß wir der Solidarität der deutschen Arbeiter bei der Bekämpfung der Lehre von der Macht gewiß sein können. Das muß den herrschenden Kreisen energisch gesagt werden. Die Welt kann nur mit Hilfe der Arbeit freier Arbeiter wieder aufgebaut werden. Die deutschen Arbeiter sind daher durchaus im Rechte,

wenn sie im Falle einer Besetzung des Ruhrgebietes die Arbeit einstellen. Sie würden dabei unsere energische Unterstützung finden. Das erklären wir, obwohl wir uns der Verantwortung bewußt sind, die wir damit übernehmen. In diesem Sinne erbiten wir auch die Unterstützung des ganzen Kongresses. Wer erklären muß, daß die Zeit der Rajonetherrschaft ein für allemal zu verschwinden hat, wenn die Menschheit nicht untergehen soll.

Legien (Deutschland): Der Mitteilung des Berichtes, daß die deutschen Bergarbeiter die geforderten 2 Millionen Tonnen an die Entente monatlich abliefern, muß aber hinzugefügt werden, daß sie dies nur dadurch ermöglichen könnten, daß sie zweimal wöchentlich je eine halbe Ueberdacht arbeiten. Den an sie gestellten hohen Anforderungen können sie nur auf Kosten ihrer Arbeitskraft und ihrer Gesundheit gerecht werden, weil sie stets unter dem Mangel an guten Lebensmitteln leiden. Wir haben daher die Pflicht, ihnen für ihre Leistung, die im Interesse aller liegt, den wärmsten Dank auszusprechen. In dem Berichte der Kommission ist davon die Rede, daß die Verteilung der deutschen Kohle unter den einzelnen Ländern neu geregelt werden soll. Wir deutschen Arbeiter haben dabei den Wunsch, daß die dafür zuständigen Instanzen auch aus den Ententeländern durch Arbeitervertreter verstärkt werden, wie von der deutschen Regierung dazu unser Genosse Düé herangezogen wurde. Wir als Arbeiter sind bereit und entschlossen, die Friedensbedingungen durchzuführen zu helfen. Voraussetzung ist aber, daß uns die Möglichkeit dazu gelassen werde. Unter den heutigen Verhältnissen aber und insbesondere angesichts der Auslegung mancher Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Organe der Entente, darüber sollte man sich nicht täuschen, besteht diese Möglichkeit nicht. So sagen die §§ 109 und 20, daß alles deutsche Kriegsgerät zu zerstören ist, aber diese Bestimmung will man ausdehnen auf alle Maschinen, die überhaupt zu Kriegszwecken verwendbar wären, anstatt wenn sie durchaus für Friedenszwecke erforderlich sind. Die größten früheren Militärwerkstätten des Staates sind in eine große Aktien-gesellschaft zur Herstellung von nicht für den Krieg bestimmten Erzeugnissen umgewandelt worden. Die Gesellschaft ist Staats-eigentum und ihre Leitung umschließt eine Reihe bekannter Arbeiter-führer, die allein schon jede weitere Herstellung von anderem als solchen Friedensmaterial zu verhindern wissen werden. Trotzdem besteht die Entente auf der sinnlosen Zerstörung vieler Maschinen, Motoren, Flugzeugballen und anderen kostbaren Einrichtungen, die bei der heutigen verzweifelten Lage Deutschlands geradezu unentbehrlich und unersetzlich sind und obendrein für Friedenszwecke un-gebraucht waren oder werden können. Diese Methode der Auslegung und Anwendung des Friedensvertrages ist dem Wortlaut und dem Sinne des Vertrages zuwider. Ihr Zweck ist nur, unsere In-dustrie und Volkswirtschaft zu zerstören und damit auch die deutsche Arbeiterklasse wiederzukalten. Dem gleichen Ziele strebt man zu durch Maßnahmen, die den Rest der physischen Kraft unseres Volkes untergeben sollen. Man denke nur an die Forderung der Ab-lieferung von 810000 Milchbüchsen. Das würde den Verlust von rund 6 Millionen Litern Milch täglich, die wie heute unseren Säuglingen und jungen Rautern in fernen Nationen geben, bedeuten und damit ein gewaltiges Ansteigen der jetzt schon er-zitternden Sterblichkeitsgebieten. Das bringt uns immer wieder zum Bewußtsein die tragische Bedeutung des Ausspruches, der Clemenceau genau haben soll, daß Deutschland immer noch 11 Mil-

wie tausend Herzensgeißer.
Es ist Abend, da tönt ein Pfiff
gedend laut.
Und da kommen sie herans, trotz'ge Gestalten,
ihnen blitzen die Augen flüß,
und ihre kräftigen Arme
müchten wohl einmal auf anderes schlagen
als das schuldlose Eisen.

Es geht ein gewaltiger Geisteshauch über die Erde,
bezaubert auf Erden noch nie ist geschürt worden,
er wühlet die Welken auf vom Grund.
Dem Amboß hat es einer gesagt,
daß er aus demselben Stoffe gemacht ist,
wie der Hammer,
und siehe, er wird nun nicht länger Amboß sein.
Darum ist ein groß' Entsetzen gekommen auf die Zehlfüger alle;
aber die Weselagener sind noch nicht besser daran
denn zuvor.

Wie der Arzt hocht an den Leib des Menschen
und horcht mit Sorgfalt, daß er ihm sage:
hier bist du krank,
und hier bist du schwer krank;
und heilen laßt ich dich nicht
und heilen laßt die nicht —
so ist die Erkenntnis zu ihnen gekommen
ihrer Krankheit,
und ist noch kein Arzt da, der ihnen helfe,
und ihr Elend ist nicht auszulagen.
Seht doch, wie wunderbar es ihnen geht.
Sie pflanzen das Land

und säen die Saaten aus
und bringen die Ernten ein
und dürfen doch der Frucht nicht genießen.
Sie bauen alle Häuser
und können nirgends wohnen.
Sie machen alles,
sie schaffen alles,
und sie haben nichts.
Ein Unrecht geschieht hier, wer kann es ablegen?
Ein Kluges Unrecht geschieht hier,
wer wird es sühnen?
Ich will meine Stimme erheben
und rufen, daß man es weit höre:
Wer nicht arbeitet, der soll nicht essen!
Der Geist, der heut herrscht, ist eine Schmach der Menschen
und eine tiefe Schande den Völkern!
Euer Geist frist um sich wie der Krebs.
Sie haben sich feinerne Paläste gebaut,
aber aus allen Eden fliehet der Verzug heraus.
Wenn der Arbeitermann vorbeilicht,
er weiß nicht warum, aber er hält die Hand zur Faust.
Auf seinen Aedern da geht der Bauer
und stüebet hinter dem Pfluge her.
Es ist nicht die Arbeit, die ihn stöhnen macht,
denn sie war sonst seine Lust gewesen.
Aber die Saat, die er mähen wird,
sie sind nicht mehr sein,
und sein Haus, darunter seine Eltern gewohnt,
er wird es bald verlassen.
Frage doch die Vögel unter dem Himmel,
die werden dir's sagen . . .

tionen Einwohner zuziel zähle. In der Tat, was wir täglich erleben, hat offensichtlich nur den Zweck, unser Volk vollends zu vernichten. Daher fragen wir, wie sollen wir unsere Verpflichtungen erfüllen können, wenn diese Zustände andauern? Wir stehen nicht um Mitleid oder Erbarmen, sondern appellieren an Ihren Verstand und an Ihr eigenes Interesse! Glaubt man, daß die Beschlüsse dieses Kongresses, sich der Klostauer Belle zu widersetzen, irgendwelche praktische Bedeutung behalten werden, wenn eine Aenderung der gegen uns angewandten Methoden nicht eintritt? Die Arbeiter eines Landes fragen nicht danach, wer sie regiert, wenn sie zur Verzweiflung getrieben werden. Sie sind dann jeder Einflüsterung zugänglich und verlangen nur radikale Aenderung ohne Rücksicht auf die Folgen. Wir haben daher schon während der Friedensverhandlungen einen vollständig ausgearbeiteten Plan der deutschen Gewerkschaften zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich vorgelegt, aber die französische Regierung hat damals, unter dem Druck ihrer beutefürchtigen Kapitalisten, die Ausführung des Planes, dieser „sozialen Entente“, verhindert. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs haben diese Pläne erneut aufgenommen. Ich hoffe, daß sie zur Ausführung kommen und so einen neuen Beweis von der proletarischen Solidarität und von unserem Willen, die Schäden des Krieges heilen zu helfen, liefern. Der Krieg ist angeblich zur Vernichtung des preussischen Militarismus geführt worden. Aber er hat in anderen Ländern seine Wiederbelebung erlebt. Im besetzten Rheinland z. B. in dem Deutschland früher 75 000 Soldaten hatte, stehen heute 130 000 Mann Entenetruppen. Gegen diese militärische Entwicklung und Verdrehung hilft uns nur die Verständigung unter den Arbeitern, das Zusammenarbeiten der deutschen mit den französischen Arbeitern. Wir wollen gemeinsam die lebende Menschheit wieder aufrichten, aber uns deutschen Arbeitern muß zu dieser Arbeit auch die Möglichkeit gelassen werden.

Der Vorsitzende Thomas erklärt für die britische Delegation, daß auch sie überzeugt seien, daß die angelegte Vernichtung des Militarismus der größte Schmelz des Krieges sei. Allerdings müsse Regien in dieser Beziehung besonders an die Hilfe der französischen Genossen appellieren, da deren Regierung entschlossen scheine, ihre imperialistische Politik fortzusetzen. Dauernder Friede aber ist nur möglich, wenn der Haß unter den Völkern verwindet und diese sich verständigen. Es sei Wahnsinn und eine Verschärfung der Lehren der Geschichte, wenn man annehme, Deutschland könne ausgezehrt werden. Unseren deutschen Genossen aber obliegt die Pflicht, die Befürchtungen, daß Deutschland wieder eine militäristische Politik verfolge, zu zerstreuen. Bei der Abwehr jedes militaristischen Anstrichs wollen die französischen Arbeiter, wie hier erklärt wurde, ihren deutschen Genossen zur Seite stehen. Dazu sind auch die Arbeiter aller anderen Länder bereit.

Die vorgeschlagene Resolution wurde darauf einstimmig angenommen. Sie ist bereits in Nr. 50 „Gew.“ abgedruckt.

Nachdem Queber (Österreich) für die große Solidarität der Internationalen zugunsten der österreichischen Gewerkschaften und Tsajai (Magyar) für die Hilfe, die ihrer bedrängten Bewegung in verschiedenster Weise zum Ausdruck gebracht wurde, den angekündigten Landesgeneralen gedankt hatten, erschallen die üblichen Schlußreden und die Schließung des Kongresses unter gemeinsamer Absingung der alten schottischen Arbeiterhymne.

• **Canditstraßenwärter** •

Die Kreisverwaltungen Reife, Kallenberg, Grottkan und Neubadt (D. Schl.) haben sich zu einem Arbeitgeberverband der Kantonskreise zusammengeschlossen. Mit diesem Arbeitgeberverband wurde im August d. J. ein Tarifvertrag für die Chauffeewärter abgeschlossen. Als Montant der Arbeitnehmer nahm außer unserem Verbande auch der Verband christlicher Transportarbeiter teil. Die Kündigung des Tarifes war einmonatig. Während der Tarifzeit trat eine Verteuerung der Lebensmittelpreise und sonstiger Bedarfsartikel ein, die wiederum eine Erhöhung der Löhne für die Arbeiter der verschiedenen Berufe zur Folge hatte. Wie bei allen ehemaligen Tarifen es meist der Fall ist, war der Lohn verhältnismäßig niedrig. Unser Verband kündigte daher nach Verständigung mit unseren Mitgliedern den Tarif zum November. Der christliche Transportarbeiterverband nahm aber keine Kündigung vor und erkannte damit an, daß er den Arbeitern für seine Mitglieder noch ausreichend hielt. Als aber der christliche Transportarbeiterverband erfuhr, daß wir den Tarif gekündigt hatten, stellte er sofort höhere Forderungen als wir, obgleich er den Tarif nicht gekündigt hatte. Beim Verhandeln selbst gebotete er sich besonders raktat und verlangte, daß die neuen Lohnsätze für die zurückliegende Tarifzeit nachgezahlt werden sollte. Da wir von den Arbeitgebern verlangen, daß sie in einem Vertrage keine Zwangsäden leben sollen, die man nach Belieben zerbricht, so können diese auch das von uns verlangen. Eine Gewerkschaft, die nicht die Fähigkeit hat, vertragstreuen zu sein, wird sich bei den Arbeitgebern sehr schnell ihren Respekt verlieren. Aber darauf kam es unserem Bruder in Christo nicht an, denn er sollte ja nicht

Forderungen zu dem Zweck, um seine Mitglieder vor Not zu schützen, wie oben gezeigt, sondern um zu agitatorischen Zwecken seinen Mitgliedern vorzutauschen, er sei der radikalste. Wir hoffen, die Chauffeewärter sind klug genug, auf diese Demagogie nicht hereinzufallen. Der Erfolg hängt in Zukunft wesentlich davon ab, ob die im Tarifverhältnis mit den Kreisverwaltungen stehenden Gewerkschaften auch von den Arbeitgebern mit Achtung behandelt werden können. Die Arbeitgebervertreter haben beim Verhandeln kein Gehl daraus gemacht, welche Meinung sie von dem sogenannten christlichen Arbeitgebervertreter haben. Das muß zum Schaden für die Chauffeewärter ausschlagen. Jeder Chauffeewärter, der nicht ganz turtzig ist, tut deshalb gut, beizugehen einem Verbands den Rücken zu kehren, der nicht den ehrlichen Willen hat, die Feuerung auszugleichen, sondern nur Mitglieder zu fangen. Als ehrliche Interessensvertretung kommt nur der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für die Chauffeewärter in Betracht.

Perzberg a. Elber. In der Versammlung am 28. November hielten die Chauffeewärter Wahnendorf und Schuchardt Vorträge. Es wurde beschlossen, eine Eingabe auf Erhöhung der Löhne an das Bauamt zu richten. Ferner wurde beschlossen, eine Filiale zu errichten und diese dem Gau Leipzig anzugliedern. In den Vorstand wurden gewählt: Emil Keilendorf, Perzberg, Reumarkt 19, als Vorsitzender; Gustav Steinert, Gräfenberg b. Herzberg als Kassierer; P. Grauwinkel, Bernsdorf b. Herzb., Schriftführer.

Sulingen. Mitte September 1920 traten die Landstraßenwärter des Kreises Sulingen geschlossen zu unserer Organisation über. Die Löhne waren niedrig und betragen pro Tag 12 Mk.; dazu kam eine Verbeitragszulage von 12 Mk. pro Monat und eine Kinderzulage von 5 Mk. pro Monat und Kind. Im Oktober traten die Kollegen ebenso einmütig in die Lohnbewegung ein und forderten Erhöhung des Tagelohns auf 16 Mk. pro Tag. Am 16. November beschloß der Kreisverband, die Tagelohnsätze von 12 auf 14 Mk. pro Tag zu erhöhen, aber unter Fortfall der bisher gezahlten Zulagen. Der Kreisverband wies in seinem Antwortschreiben darauf hin, daß eine Erhöhung der Tagelohnsätze auf 16 Mk. pro Tag nicht einiproduen werden könne, weil die Chauffeewärter zurzeit ebenfalls nur einen Tagelohnsatz von 14 Mk. beziehen. Durch weitere Verhandlungen wurde erreicht, daß der Tagelohn auf 15 Mk. festgesetzt wurde und die Zulagen wie bisher bestehen bleiben. Die Straßenwärterversammlung stimmte dieser Regelung zu.

Stade. In ihrer Versammlung am 20. September beschloßen die Chauffeewärter des Landkreises Stade Erhöhung ihres Tagelohnes um 5,50 Mk. pro Tag und den Akkordlohn um 25 Proz. zu beantragen. Weiter wurde geordert, die Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen auf die Dauer von 6 Wochen. Am 24. September fand die Verhandlung statt, die vom Landbauamt auf Veranstaltung unserer Organisation einberufen wurde. Der Vertreter des Landesterritoriums, Herr Landbesitzer Gravenhorst wies darauf hin, daß die Forderungen der Chauffeewärter für das Landbauamt der Betrag von etwa 60 000 Mk. erfordere, daß diese Summe nicht vorhanden sei und sich auch durch Ersparnisse nicht gewinnen lasse. Er sehe sich deshalb außerhande irgendeine Erhöhung der Lohnsätze in Aussicht zu stellen. Die Arbeitervertreter hielten ihre Forderungen aufrecht und beantragten eine Stellungnahme des Landesterritoriums herbeizuziehen. Am 18. Oktober wurde mitgeteilt, daß auch das Landesterritorium in Hannover von dem in der Verhandlung dargelegten Standpunkte nicht abgebe. Da der Verhandlungsweg erfolglos war, mußte der Schlichtungsanspruch angerufen werden. Die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss fand am 30. November in Stade statt. Der Vorsitzende machte einen Vergleichsvorschlag, und zwar derart, daß die Tagelohnsätze um 3 Mk. und die Akkordlohnätze um 4 Mk. zu erhöhen, der Arbeitgebervertreter erklärte sich bereit, diesen Vergleichsvorschlag bei der Provinzialbehörde zu bekräftigen. Die Arbeitnehmervertreter mußten leider, da das Angebot zu niedrig erschien, diesen Vorschlag ablehnen. Die Einigungsbehörde waren damit ershöpft. Hoispender Schiedspruch wurde gefällt: „Der Tagelohn wird um 3 Mk., der Akkordlohn um 5 Mk. erhöht, und zwar vom 15. November ab.“ Die Vertreter der Arbeitnehmer stimmten dem Schiedspruch zu, der Vertreter der Arbeitgeber behielt sich eine Erklärung innerhalb 14 Tagen vor. Im Falle der Nichtannahme in von den Arbeitnehmervertretern die Einholung der Verbindlichkeitsklärung beantragt. Den Landstraßenwärtlern aber raten wir, selber in der Organisation zusammenzukommen, nur dadurch wird es möglich sein, auch für sie in Nord-Hannover bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Kommen seh ich ein Geschlecht
 lebensfreudiger Menschen,
 Wissend, daß sie müssen erzeugen,
 Wissend, daß sie müssen vollenden.
 Ausgeträumt ist der öde Traum,
 Umgestürzt der Wolk des Hoffens;
 Da quillt aus eigener Kraft dem Menschen
 Ungeahnte Segensfülle
 Und ein Leben in Schönheit auf Erden. Leop. Jacoby.

Aus unserer Bewegung

Gau Augsburg. Als am 5. Mai der Gau Augsburg gebildet wurde, bestanden die im Jahre 1919 abgeschlossenen Tarifverträge für die Städte Augsburg, Ingoßstadt, Lindau, Füssen, Kaufbeuren, Mempten, Memmingen, Neuburg und Nördlingen, deren Löhne durch Feuerungszulagen erheblich voneinander abwichen. Sämtliche Verträge waren gekündigt und liefen am 1. Juli ab. Bei den vorhergehenden örtlichen Verhandlungen über Gewährung von Feuerungszulagen blieben es die Vertreter der Stadtgemeinden, die Städte gegeneinander auszuspielen. Bei jeder Verhandlung wiederholte sich dieses grausame Spiel. Am diesem ein Ende zu machen und andernteils auch für gleichgelagerte Wirtschaftsgebiete einheitliche Löhne einzuführen, bemühte sich die Gauleitung, für alle Tarifstädte zu gleicher Zeit zu Verhandlungen zu kommen. Durch Mundschreiben der Gauleitung wurden die Tarifstädte zum 22. Juni nach Augsburg eingeladen. Vorher war den Städten unsere Lohnforderung, abgestuft nach Cristklassen, zugesandt worden. Der Bürgermeister von Mempten glaubte sich ein Verdienst zu erwerben, indem er der Gauleitung mitteilte, daß die Stadt Mempten keinen Vertreter entsende und daß er die Stadtverwaltungen von Memmingen und Lindau veranlasse, ebenfalls nicht zu erscheinen. Zu den Verhandlungen erschienen schließlich überhaupt nur vier Städte durch Vertreter. Unter diesen Umständen war an die Vereinbarung eines Bezirkslohntarifes nicht zu denken. Es mußte also das grausame, zeitraubende und nervenzerrüttende Spiel des Verhandlens von Ort zu Ort wieder beginnen. Es war keine leichte Aufgabe, bei den Verhandlungen zu einheitlichen Lohnsätzen, abgestuft nach Cristklassen, zu kommen, um auf diese Weise dem zu erstrebenden Bezirkslohntarif den Weg zu ebnen. Indessen, es ist uns gelungen. Auch für die neu gegründeten Mitgliedsgemeinden in Mindelheim, Burgau und Landsberg a. Lech wurden nach Überwindung vieler Schwierigkeiten Tarifverträge abgeschlossen. Als Grundlage diente der Reichsmantelvertrag. Bei den Städten Burgau, Mindelheim, Neuburg und Mempten mußte der Schlichtungsausschuß in Anspruch genommen werden. Während Mindelheim und Mempten den Schiedspruch annahmen, lehnte Neuburg ab. Dafür haben wir die Verbindlichkeit des Schiedspruchs für Neuburg beim Landesarbeitsamt beantragt. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen, aber das Landesarbeitsamt wird die Verbindlichkeit aussprechen müssen, da der Schiedspruch nur das ausspricht, was in allen Verträgen enthalten ist. Die Lohnsätze gestalten sich wie folgt:

Wohnklasse	Arbeitsgruppe	Cristklasse C	Cristklasse D	Cristklasse E
I.	Arbeiterinnen . . .	18,75—21,75	17,25—20,25	15,75—18,75
II.	Ungef. Arbeiter . . .	27,00—30,00	25,50—28,50	24,00—27,00
III.	Angel.	28,50—31,50	27,00—30,00	25,50—28,50
IV.	Handwerker	30,00—33,00	29,50—31,50	27,00—30,00
V.	Borarbeiter	31,50—34,50	30,00—33,00	28,50—31,50

Der Höchstlohn wird mit Beginn des dritten Dienstjahres erreicht. Die jährlichen Borrücklagen betragen pro Tag 1 Mk. Vnderzulagen Cristklasse C: 30 Mk., Cristklasse D: 20 Mk., Cristklasse E: 10 Mk. pro Monat und Kind. In Cristklasse C befinden sich: Augsburg, Ingoßstadt, Lindau, in Cristklasse D: Füssen, Mempten, Landsberg, Memmingen, Neuburg, Nördlingen, in Cristklasse E: Kaufbeuren, Mindelheim, Burgau. Für unsere Kollegen in der Stadt Donauwörth sind seit Oktober die Forderungen schon eingereicht und stehen wir dort vor gleichen Schwierigkeiten wie in den meisten anderen Städten. Die oben angeführten Löhne sind nun leider durch die fortgesetzt steigende Feuerung wieder unzulänglich geworden. Einen Ausgleich zu schaffen ist eine unumgängliche Notwendigkeit. Das bedingt, daß alle Mitglieder für die weitestgehende Ausbreitung und Festigung unseres Verbandes wirken müssen.

Gau Mannheim. Am 27. August haben wir die in der genauen Vereinbarung vom April enthaltene Feuerungszulage ordnungsgemäß auf den 1. Oktober gekündigt. Am 21. September erhielten wir von dem Räteverband der Städteverhandlung die Mitteilung, daß er es grundsätzlich ablehnen müsse, zurzeit in Verhandlungen über die Erhöhung der Feuerungszulage einzutreten. Diesem Vorgehen schloß sich auch der Verband der mittleren Städte Badens an. Damit beschäftigte sich dann unsere Lohnkommission und beschloß, den Städteverbänden mitzuteilen, daß wir auf Grund ihres ablehnenden Standpunktes von Anträgen auf Erhöhung der Feuerungszulagen auf zentraler Grundlage absehen; daß es jedoch den einzelnen Filialen anheimgestellt wird, Anträge auf Gewährung von Vorküßnissen und Beschäftigungsbeihilfen örtlich zu stellen und behandeln zu lassen. Da die Gefahr bestand, daß nunmehr rüchtländige Verwaltungen die gekündigte Feuerungszulage überhaupt nicht mehr zahlen wollten, teilten wir in dem Schreiben gleichzeitig mit, daß die zurzeit bestehenden Zulagen weiter bestehen bleiben. Im Gau Mannheim haben die Filialen dann überall örtliche Forderungen eingereicht und auf

Drängen der Stadt Mannheim fanden dann wieder zentrale Verhandlungen statt. Dabei mußten die Städtevertreter nach unserer Begründung zugeben, daß sie die Forderung auf Erhöhung der Bezüge wohl verstehen, aber finanziell nicht in der Lage sind, etwas zu geben. Der Vogel wurde aber abgeschossen mit der Auslegung, daß wir auf Grund unseres Schreibens vom 30. September die Kündigung zurückgenommen hätten. Die daraufhin eingeleitete Schlichtungsstelle kam in ihrer ersten Verhandlung zu keinem Resultat, hat aber beschlossen, die Streitfrage unter Zugiehung eines unparteiischen Vorsitzenden auszutragen. Inzwischen holten wir uns das Gutachten eines Juristen ein, der unserer Anschauung recht gab, daß wir durch das Schreiben vom 30. August keineswegs die Kündigung zurückgenommen hätten. Trotzdem hat sich die zweite Schlichtungsinstanz auf den Standpunkt gestellt, daß die Kündigung zurückgenommen sei und wir nicht berechtigt wären, die Erhöhung der Feuerungszulage zu fordern, die Kündigung könne erst wieder auf den 1. Januar ausgesprochen werden. Es gelang unsern Vertretern, folgenden einstimmigen Schiedspruch herbeizuführen:

„Der Antrag auf Erhöhung der Feuerungszulage auf 65 Proz. ab 1. Oktober 1920 wird zurückgewiesen, da die Kündigung des Abkommens über die Feuerungszulagen durch Schreiben vom 30. September als zurückgenommen anzusehen ist. Jedoch empfiehlt die Schlichtungsstelle einstimmig den beteiligten Städten, soweit eine ausnahmsweise Behandlung durch die besonders hohe Feuerung begründet ist, den Wünschen der Arbeiter durch Gewährung einer Beschäftigungsbeihilfe an verheiratete Arbeiter entgegenzukommen.“

Damit haben wir wenigstens freie Hand bekommen über die Frage einer Beschäftigungsbeihilfe für das 3. Quartal 1920 örtlich zu behandeln. In den Filialen des Gauess Mannheim sind dementsprechende Anträge gestellt worden. Ein Ruheblatt in der Zeitschrift der Städteorganisationen stellt diese Regelung nicht dar. Wenn unsere Kollegen bis jetzt schon nicht viel Vertrauen zu den badischen Städteorganisationen hatten, so ist es mit dieser Behandlung vollends verschwunden. Die Feuerungszulagen sind nunmehr erneut auf den 1. Januar 1921 gekündigt und außerdem verlangt worden, daß bis zum 15. Dezember 1920 Verhandlungen erfolgen müssen. Wenn sich die Städtevertreter inzwischen nicht eines Besseren besinnen, werden sie erfahren, daß die Arbeiterchaft nicht gewillt ist, sich ihre Forderungen dauernd ablehnen zu lassen. Wir möchten daher empfehlen, eine andere Meinung Platz greifen zu lassen, wenn es nicht zu ersten Schritt kommen soll, für die Städtevertreter dann allein die Verantwortung zu tragen hätten. Die Kollegenchaft aber erlauben wir, jetzt erst recht die Organisation über alles zu stellen und weiter auszubauen, um durch ihre Einigkeit und Geschlossenheit zu bekunden, daß sie sich durch solche Kanakereien nicht irre machen lassen.

Eine Konferenz der pfälzischen Gemeinde- und Staatsbedienten tagte am 12. Dezember in Kaiserslautern. Aus 15 Filialen waren 38 Delegierte anwesend. Gauleiter Mauerer-Mannheim referierte über: „Zentrale oder örtliche Lohnvereinbarungen für das pfälzische Gebiet.“ In der Pfalz kann es möglich gemacht werden, zentrale Verhandlungen mit den pfälzischen Städten zu pflegen, um den mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Stadtgemeinden abgeschlossenen Reichsmanteltarif zeitlos einzuführen. Der private Arbeitgeberverband der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ist an die Städte der Pfalz herangeraten, um den Beitritt zu ermöglichen. Der Beitritt zu dem privaten Arbeitgeberverband für die pfälzischen Städte bedeutet allerdings nicht viel, da der Arbeitgeberverband der deutschen Stadtgemeinden die Interessen der Städte hauptsächlich vertreten dürfte. Die Delegierten lehnten den Vorschlag, nur den Arbeitgeberverband deutscher Stadtgemeinden anzuerkennen, um den damit verbundenen Reichsmanteltarif durchzusetzen. Kollege Henkel referierte dann über den Organisationsstand der pfälzischen Filialen. In der Diskussion traten die Delegierten einstimmig für die am 1. Januar 1921 in Aussicht genommene Beitragserhöhung ein. Als erhaben wurde für die Pfalz in den Vordergrund gestellt, daß unter 100 buchmäßigen Mitgliedern 97 zahlende vorhanden sind. Es wurde im Prinzip eine Tarifkommission, welche auf zentraler Grundlage für die Pfalz verhandeln soll, beschlossen.

Die Gaukonferenz Stuttgart am 27. und 28. November war besetzt von 55 Delegierten. Anvertreten waren die Filialen Bietigheim, Normweyheim und Wildbad. Kollege Ehr. Lang, Stuttgart, berichtete über den 1. Betriebsrätekongress in Berlin. Darauf sprach Kollege Becker, Berlin, über die Richtlinien und die Tätigkeit der Betriebsräte. Jeder machte hierbei instruktive Ausführungen zu den §§ 59, 61, 66, 70, 71, 74, 76 und 84 bis 90 des Betriebsrätegesetzes. Durch Schulung und Ausbildung müssen die Betriebsräte zur Erfüllung ihrer Aufgaben erzoogen werden. Durch enge Verbindung der Theorie mit der Praxis müssen wir herausfinden, was irgend möglich ist. Kollege Stetter, Stuttgart, gab dann Bericht von der Gauleiterkonferenz. Kollege Becker streifte in kurzen Zügen die letzten Kämpfe in Bremen und Sachsen. Er warnte vor wilden Streiks. In der Aussprache wird auch auf den Generalkongress in Württemberg Bezug genommen. Einer allgemeinen Beitragserhöhung stand die Konferenz sympathisch gegen-

Über. Auch der Reichsmanteltarif wurde kritisiert. Kollege Kallwanger begründete die Forderung auf Kündigung der Feuerungszulagen zum 1. Dezember 1920 und ihre Erhöhung. Die Landeslohnkommission erhält entsprechende Selbständigkeit für die Verhandlungen in bezug auf die zu stellenden Forderungen. Kollege Engelhardt, Stuttgart, referierte dann über die im Auszug vorliegende Musterarbeitsordnung. Eine solche wurde vom Arbeitgeberverband beantragt. Nach eingehenden Verhandlungen mit dem Vertreter des Württembergischen Städteverbandes, Herrn Dr. Frank, einerseits, der Landeslohnkommission und der Vertreter der Filiale Stuttgart andererseits wurde der vorkliegende Entwurf der Gautonomie zur Annahme empfohlen. Er wurde gegen 1 Stimme angenommen. In der Frage der Extrabeiträge wurde beschlossen, daß Extrabeiträge, welche nicht geleistet sind, bei Zahlungsannahme von Unerlöshungen gekürzt werden. Eine Anregung auf produktiven Ausbau der städtischen Zuschußbetriebe wird zur Kenntnis genommen.

Ahrweiler. Vor dem Schlichtungsausschuß in Andernach verhandelte man in der vorigen Woche über unseren Antrag, Wirtschaftszuschüsse von 200 bis 400 Mk. und eine Kinderzulage zu gewähren. Eigenümlerweise wurde uns schon bei Beginn der Verhandlung gesagt, es könne die Möglichkeit bestehen, daß eine Ablehnung erfolge, und die Frage gestellt, wie wir uns zu der Erhöhung der Löhne stellen. Der Spruch brachte tatsächlich eine Ablehnung unserer Forderungen, und zwar auch des Kinderzulages, mit der Begründung, daß eine einmalige Wirtschaftshilfe nicht angebracht erscheine! Dafür entschied man, die augenblicklichen Löhne werden von der laufenden Lohnperiode ab um 15 Prozent erhöht. Die Löhne erhalten damit folgenden Stand: Bauamtsarbeiter, Bebeiratete, 4,20, jetzt 4,83 Mk., Ledige 3,50, jetzt 4,37 Mk., Gaswerksarbeiter, Bebeiratete 5, , jetzt 5,75 Mk., Ledige 4,75, jetzt 5,40 Mk.

Mugsburg. Auf einstimmigen Beschluß einer Versammlung der städtischen Arbeiter am 22. Oktober wurde eine Forderung auf Feuerungszulage von 6 Mk. für männliche und 5 Mk. für weibliche Arbeiter pro Tag, sowie Erhöhung der Kinderzulage um 10 Mk. eingereicht. In der kürzlich verlaufenen Verhandlung am 18. November erreichten wir die geforderte Kinderzulage. An Lohnerhöhung wurde uns als Erhöhung der Feuerungszulage von 50 auf 60 Proz. angeboten, was als ungenügend abgelehnt wurde. Infolge weiterer Jugendzulagen erhoben sich ab 1. Dezember die Löhne wie folgt: Lohnklasse I von 18-21 Mk. auf 20 bis 23,25 Mk., Lohnklasse II von 14,75-21,75 Mk. auf 20,95 bis 24,20 Mk., Lohnklasse III von 27-30 Mk. auf 30-33,25 Mk., Lohnklasse IV von 27,75-30,75 Mk. auf 30,85-34,20 Mk., Lohnklasse V von 28,50-31,50 Mk. auf 31,70-35,05 Mk., Lohnklasse VI von 30-33 Mk. auf 34,35-38,70 Mk., Lohnklasse VII von 31,50-34,50 Mk. auf 35-38,35 Mk. Zu den Grundlöhnen kommen 3 Lohnsteigerungen (Mehrszulagen) und 66% Proz. Feuerungszulagen. Die Erhöhung beträgt pro Lohn-(Arbeits-)Tag gegenüber dem Anfangslohn: nach dem 1. Dienstjahr insgesamt 1,20 Mk., nach dem 2. Dienstjahr 2,35 Mk., vom 4. Dienstjahr ab 3,35 Mk. Die Kinderzulage erhöht sich von 30 auf 40 Mk. im Monat. Die 16-stündige Arbeitszeit wurde beibehalten. Der Lohnarif ist mit einmonatiger Frist kündbar.

Bielefeld. Hier hat sich ein Fünftel des christlichen Gemeindearbeiter- und Straßenbahnerverbandes ausgetan. Rühmlich dabei sind ehemalige Mitglieder unseres Verbandes, die sich seinerzeit im Modus vivendi nicht genug tun konnten. Heute sind ihnen aber unsere Beiträge zu hoch und darum gehen sie zur Konkurrenz, die die Seele billiger macht. Wenn diese Renegaten von uns nun ein friedliches Zusammenarbeiten mit ihnen erwarten, so klingt das reichlich naiv. Das würde bedeuten, daß wir zu dem einen und verabschiedeten Badenreich, die andere Wange auch noch hinhalten, um auch den zweiten zu erhalten. Die Deutschen haben den Kampf gewollt, wir werden ihn aufnehmen! Organisationszerpitterung ist für die Arbeiterklasse immer schädigend gewesen. Unsere Vorkämpfer werden daher dafür sorgen müssen, daß dieses neugeborene Kind der Christlichen noch in den Bindeln erstickt. Treue dem altbewährten Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gehalten, bringt uns nur vorwärts. Schädlingen aber, die die Kraft der Arbeiterklasse zerpittern, weisen wir die Tür!

Bonn. In der Versammlung am 14. Dezember der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Bonn wurde unter anderem die Mitteilung gemacht, daß der bisherige Arbeitersekretär Klüber sein Amt niedergelegt habe, angeblich weil er mit Fortarbeiten überhäuft sei. Wir geben in der Annahme wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, der Herr Sekretär hat eingesehen, daß seine Arbeit vergeblich ist und er auch keine Zeit mehr für andere erfolgreichere Tätigkeiten verwenden kann. Die seit längerer Zeit kämpfhaft gepflegten Schreibungen, den christlichen Gewerkschaften unter allen Umständen und auf jede Art neue Mitglieder zuzuführen, idestern auch in der Bonner Gegend immer noch an dem gesunden Denken der Arbeiterklasse. Um nun den Wünschen gewisser Leute, die ein Interesse an dem Wachsen der christlichen Ge-

werkschaften haben, entgegenzukommen, beschloß die Versammlung folgende Anträge zum Beschluß zu erheben:

Katholischer Arbeiterverein Bonn-Heinrichsdorf beantragt: a) Angehörige der freien Gewerkschaften können in Zukunft nicht mehr in einen katholischen Arbeiterverein oder eine Wohlfahrtsvereinigung deselben (Stranken-, Sterbefälle usw.) aufgenommen werden. b) Mitglieder eines katholischen Arbeitervereins, welche bereits einer freien Gewerkschaft angehören, sollen sobald wie möglich aus denselben in die christlichen Gewerkschaften übertreten, in denen sie unbeschadet ihrer Weltanschauung die gleichen (? Die Red.) wirtschaftlichen Vorteile erlangen können.

O, diese Heuchler! Also auch die innersten Ansichten des zu angehenden Arbeiters sind ihnen nicht heilig genug, um den notwendigen Mitgliederfang zu betreiben und auf diese Weise den christlichen Gewerkschaften frisches Blut zuzuführen. — So etwas soll heilige kein Vergewaltigen sein, nein, das bejagen nur die bösen freien Gewerkschaften, wie Figura zeigt. Dieses schloßte der Präsidiumsmitglied wird unter der Führung von geistlichen Priestern in Bonn demnächst zur Anwendung kommen und die Arbeiterklasse wird den Menschheitsbeglückern die rechte Antwort erteilen. Inlängst sprach man in einer Versammlung eines katholischen Arbeitervereins das große Wort von der reinlichen Erhebung der Geister. Nun, ihr Arbeitervertreter, auf solche Art züchtet man alles andere als aufrichtige Gewerkschaftler. Hier und da wird einer dem bekannten rüchschloßen Terror erliegen und des lieben Friedens willen zu den „Christen“ gehen, aber wenn es schon soweit gekommen ist, daß die christlich organisierten Straßenbahner ihrem Angeht, allen in Veuel in einer öffentlichen Versammlung zurufen: „Glaube mir etwas, wir seien Christen oder gar Zentrumswähler“, dann kann man sich einen Begriff davon machen, wie der innere Zusammenhang speziell dieser Gruppe beschaffen ist. — Und man wundere sich bei der christlichen Leitung gar nicht, wenn wir den Kampf in dieser Beziehung aufnehmen und nun in dem ganzen Gebiet ernstlich daran gehen, eine reinliche Scheidung unter den christlich organisierten Arbeitern vorzunehmen. Wir sind den Herrschenden dankbar für diese offenkundigen Beweise der Mißachtung der persönlichen Ueberzeugung, wir werden den Arbeitern die Augen öffnen, ihnen beweisen, daß tatsächlich in den freien Gewerkschaften jeder frei nach seiner Ansicht glücklich werden kann, daß bei uns der obere Grundloß lautet, „wirtschastlich“ Vertretung der Arbeiterklasse und nicht die Seele des Arbeiters mißbrauchen und durch Zwang zum Heuchler machen. Kollegen in allen Städten, zeigt den noch christlich organisierten Kameraden diese Beweise christlicher Nächstenliebe, sagt ihnen, daß solche Terrorfälle mit Unterstützung der Kirche geübt werden, die sie bis jetzt noch von ihren Feindesgrößen bezahlen, daß diese selben Leute, genannt „Arbeiterführer“, so mit der Seele des Arbeiters Handel treiben, weil sonst die Beweise ihrer inneren Kraft und Konwendigkeit des Weltens nicht zu erbringen sind. Und zu dieser Arbeit des Hütens von geprechten christlichen Gewerkschaftsmitgliedern arbeiten sie Hand in Hand mit der Geistlichkeit am Orte. „Herr werde ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.“

Calverstadt. In der Generalversammlung am 4. Dezember wurde das Betriebsrätegesetz besprochen. Kernur wurde bekanntgegeben, daß dem Magistrat besondere Richtlinien über Entlassung und Einstellung von Arbeitern übergeben worden sind. Der Parteivericht gab Kollege Köpfeld. Die Vorstandschaft ergab einstimmige Wiederwahl aller bisherigen Vorstandsmitglieder.

München. In der starkbesuchten Generalversammlung am 6. Dezember wurde hinsichtlich der Ablehnung des sozialistischen Antrages auf Freilassung der Arbeiterabgeordneten folgende Annahme einstimmig beschlossen: Die Betriebsräte und Vertrauensleute sowie die Arbeiterklasse in den Gemeinde- und Staatsbetrieben protestieren gegen die Ablehnung des sozialistischen Antrages auf Freilassung der Arbeiterabgeordneten aus dem Gefängnis. Ganz entschieden weisen sie dabei die Behauptung zurück, daß die Arbeiterklasse an der Freilassung kein Interesse hätte. Diese Behauptung baut sich auf unrichtige, die wirkliche Stimmung in Arbeiterkreisen verfehmende Beurteilung oder Informationen auf. Die Arbeiterklasse sieht in der ganzen Behandlung des sozialistischen Antrages eine Verwundung der Arbeitervertretung durch die Reichheit des Landtages, weil dadurch die Interventionsbetriebe gerade des wertvollsten Rollen geschwächt wird. Es wird deshalb mit Nachdruck gefordert, den Beschluß in einer auch den Arbeitermassen Rechnung tragenden Weise zu revidieren. — Hinsichtlich des Referendums am 12. Dezember kam einstimmig zum Ausdruck, daß der Volksabstimmung fernzubleiben ist, da die Arbeiterklasse nur allzuwenig weiß, was sie von einer billigen Entscheidung zu erwarten hat; dafür sprechen die Vorgänge aus den letzten Wahlen, wo die Wählerlisten für alle Anforderungen der Arbeiterklasse mit Hilfe der gemeinen Arbeitervertreter in der Wahlkampfzeit haben. Solchen Leuten kann kein Vertrauen entgegengebracht werden, da sie ihre Staatsämter nur in der Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterklasse leben. — Kollege Beitz behandelte dann über das Ergebnis der Wahlbestimmung zur Betriebsräteveränderung und über die Vorarbeiten der Ortsverwaltung auf Aufrechterhaltung der Wahlgeschäfte. Die Wahlbestimmung

mung ergab bei einer Beteiligung von 4040 Mitgliedern 2288 Stimmen für und 1747 gegen die Erhöhung der Verbandsbeiträge. Vollgeheft hat den Bericht der Aufstellungscommission. Die Beschlüsse des Kollegen Fühmann vor, dem die Generalversammlung beistimmte. — Im Anschluß hieran berichtete Kollege Weitz über die eingeleiteten Lohn- und Tarifbewegungen. Von den ca. 50 Tarifverträgen sind ungefähr 30 genehmigt und Verhandlungen beantragt. Dabei zeigt sich schon vor den Verhandlungen vielfach eine glatte Abneigung der Behörden für Zugeständnisse. Hervorzuheben sind dabei das Kultusministerium, welches für die Arbeiter der Technischen Hochschule, der Unübersicht, der Landeskantone für trüppelbaste Kinder, für die Akademie der bildenden Künste usw. erklären läßt, daß Lohn-erhöhungen nicht gewährt werden, weil keine Mittel da sind, ähnlich liegt es bei den Nationaltheatern. Sonderbar: für die Beamten sind die Mittel da, um die Beamtenbefolgung durchzuführen, die Arbeiter und Arbeiterinnen dagegen müssen mit miserablen Lohn-erhöhungen ihr elendes Dasein fristen; dabei tritt man gar nicht erst in Verhandlungen ein, sondern diktiert einfach und die Arbeiterschaft hat sich zufriedenzugeben. Die Verbandsleitung hat in allen Fällen zunächst das Gewerbegebiet angetupft. Aufgabe der Arbeiterschaft in den staatlichen Betrieben ist es, sich gegen die festeren Sozialpolitik des Staates zu rufen. Die bayerische Arbeiterschaft hat einen Lohnkampf, der seit Juli bis 31. Dezember 1920 läuft. Die ungeheuren Preissteigerungen seit Oktober, welche das städtische statistische Amt mit kaum 5 Proz. für die Gesamtlebenshaltung errechnet hat (!), haben zur Forderung einer einmütigen Feuerungszulage von 600, 500 und 100 Mk. geführt. Die Forderung ist auch von den Christlichen in gleichem Umfange erhoben worden. Das hindert aber die bayerische Volkspartei, und insbesondere den christlichen Ausschussvertreter Käsebaue nicht — einfach die Ablehnung der Forderung zu verlangen, weil die Genehmigung eine Durchbrechung des Tarifgebots wäre. In der Öffentlichkeit muß ob der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien der Eindruck entstehen, daß die Löhne der städtischen Arbeiter ungebührlich hoch sind. Im Wirklichen betragen diese: für Arbeiterinnen, die in 5 Lohnklassen eingeteilt sind, 106—136 bzw. 112—138 Mk. die Woche, für Arbeiter, ungelernete: 103—200, für angelernte: 200—213 bzw. 206—211 Mk. und für Handwerker: 213—220 bzw. 220—228 Mk. in der Woche, dazu noch Kinderzulagen. Im Vergleich mit den Löhnen in der Privatindustrie, insbesondere aber mit den Einkünften der Beamten nach der Beförderungsordnung, stehen die Löhne der Arbeiter ganz beträchtlich zurück. Außerdem haben die Arbeiter bei Verrentung des Personals in den Betrieben wegen Geldmangel usw. stets den Vorkauf, zuerst entlassen zu werden oder Kurzarbeit zu erhalten, was bei den Beamten nicht der Fall ist. Ein Risiko, das ebenfalls eine Berücksichtigung in der Bemessung des Lohnes finden müßte. Die Arbeiterschaft erwartet deshalb auch weitestgehend Entgegenkommen in der Frage der einmaligen Feuerungszulage sowie bei den kommenden Lohnverhandlungen. — Unter Allgemeines beauftragte die Versammlung die Verbandsleitung, nachfolgende Anträge — die vom Kollegen Weg begründet wurden — an den Hauptvorstand zur Weiterleitung an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu richten: 1. Die dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angehörenden Mitglieder der Vermittlungsstelle: München nebst Umgehung fordern von Vorstand ihres Verbandes, daß er sofort an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herantritt und die Einmütigkeit einer Antragsstellung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter mit folgenden Forderungen beginnt: 1. Gegen den Wucher und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände. 2. Für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpassung der Lebensmittelpreise an die Verdienste der in Arbeit stehenden auf Kosten der Arbeitgeber. 3. Für die Befreiung des Steuerzuges, der Einziehung der Besitzsteuern und großen Vermögen. 4. Für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung der Betriebe, der Lebensmittelpreise und -verteilung durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften. 5. Entwaffnung der Organe und Bewaffung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften. — Ein weiterer Antrag, künftig auch in der „Neuen Zeitung“ zu inserieren, wurde ebenfalls angenommen.

Rundschau

Proletarische Weihnachten.

Als wir Kinder waren, da schlug unser Herz laut am Weihnachtsabend. Als wir groß wurden, da dachten wir in froher Erinnerung unserer Kindesweihnacht. Und wenn wir unsere eigenen Kinder und Kindeskinder unter dem Weihnachtsbaume jubeln sehen, dann sind wir Kinder mit den Kindern und Kinderfreude durchwühlt den Raum. Das Weihnachtsfest ist das Fest des Kindes, des kindlichen Glücks, der kindlichen Liebe. Kinder werden die Alten und die Kinder sind am Weihnachtstage einmal Kind in ihrer reinen Art. Und die heißt Liebe. Kind sein, heißt Liebe haben.

Wieviel Gemüt liegt in der Kindesseele! Millionen und Abermillionen erwachsene Menschen, Menschen mit Erfahrung und Klugheit und Lebenskraft, und doch: wie stehen diese Werte zurück hinter dem Etwas, das sich da in einem Kinderherzen regt. Und daher die Verehrung, die alle Großen der Weltgeschichte seit je dem Kinde entgegenbrachten. Das Kind ist die seelische Blüte der Entwicklung. Die Natur ringt zur Liebe. Im Kinde deutet sie ihre strebende Seelenkraft an. Aber das Leben ist noch nicht reif für solchen Adel. Die Verhältnisse des Lebens sind noch zu roh, sind noch zu brutal, als daß die Liebe, die da, im Kinde sich andeutend, zum Siege strebt, zur Entfaltung gelangen kann. Zur Reife führt das Leben. Zur Berechnung zwingt das harte Dasein. Und darum hat die Menschheit unter ihren Erwachsenen so wenig Kinder, so wenig Menschen, die sich die Kindesseele erhalten haben, das Kindesgemüt, die kindliche Liebe.

Wir sind einmal Menschen zur Weihnachtszeit in der ganzen Innereiligkeit. Seelenreichtum fühlt unsere Brust. Wir ahnen etwas von dem neuen Glück. Wir fühlen etwas von dem Glück derer, die nach uns kommen, derer der neuen Welt, der Welt des Kindes, der Welt, in der jeder Kind ist und Kind bleibt. Und Sehnen erfüllt unsere Brust und weihnachtliche Kampfesfreude. Sie soll kommen, die neue Welt. Wir wollen unsere ganze Kraft einsetzen, daß immer mehr der Boden bereitet werde für das Neue. Ewige Weihnacht soll sein, ewige kindliche Freude. Und darum auf! Vorwärts zur Menschenweihnacht!

Eröffnung des Achtstundentages durch einen christlichen Gewerkschaftssekretär und jetzigen Minister. Eine Verordnung des bayerischen Sozialministers hat folgenden Wortlaut:

„Die rein buchstäbliche Auffassung des Wortes ‚Verkürzung‘ in Ziffer 2 der Verordnung vom 24. November 1918, betreffend die Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter (R.-G.-Bl. 1934), würde zu drastischem Widerspruch führen. Die Verkürzung der an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage ausfallenden Arbeitsstunden auf die übrigen Werkstage wäre zulässig, wenn auch nur während des Bruchstückes einer Stunde am Samstag gearbeitet würde, sonst aber nicht. Daraus folgt, daß das Wort ‚Verkürzung‘ nicht buchstäblich aufzufassen ist, sondern daß in Satz 2 der Ziffer 2 der angeführten Verordnung der Verkürzung der Samstagarbeit überhaupt auf die anderen Tage Spielraum geschaffen werden sollte. Hiernach sind die Gewerbebetriebe angewiesen, in Fällen, in denen unter Freilassung des Samstags die 48 Wochenarbeitsstunden auf die ersten 5 Wochentage verteilt sind, bis auf weiteres von einer Beanspruchung dieser Regelung abzusehen. Bez.: Oswald.“

Zum besseren Verständnis für unsere Kollegen sei gesagt, daß dieser Oswald der jetzige bayerische Sozialminister, ein guter Bekannter unseres Verbandes, ist. Er ist christlicher Gewerkschaftssekretär, und in seiner früheren Eigenschaft als Vorsitzender des christlichen Transportarbeiterverbandes haben wir oft mit ihm die Klagen treuzen müssen. Ausgerechnet dieser „Arbeiter“sekretär hebt die Verordnung vom 28. November 1918 über den gesetzlichen Achtstundentag zum Schaden der bayerischen Arbeiterschaft auf. Die Verordnung des Herrn Oswald ist aber nicht öffentlich erschießen, sondern nur an die bayerischen Gewerbebetriebe verhandelt worden, die verpflichtet sind, keinen Einspruch zu erheben, wenn die 48stündige Arbeitswoche auf 5 Tage verteilt wird und damit eine tägliche Arbeitszeit von 9½ bis 9¾ Stunden entsteht. Wir möchten unsere Kollegen in allen Orten, wo sie mit christlichen Gewerkschaftlern zusammenkommen, auffordern, auf diese Verordnung des Herrn Oswald hinzuweisen, die wirklich dazu angetan ist, den Achtstundentag zu erdroffeln. Es gehört gewiß nicht viel Kombinationsgabe dazu, wenn wir behaupten, Herr Oswald hat mit seinem Ullas den ungeteilten Beifall der Unternehmer gefunden. Diese werden den weiteren Schritt, dann am Samstag zu den bereits in 5 Tagen gearbeiteten 48 Stunden noch weitere 8 Stunden dazu arbeiten zu lassen, von selbst tun. Es liegt also im Interesse aller Arbeiter, der christlichen sowie der freien Gewerkschaftler, gegen diesen Erlaß Stellung zu nehmen. Der Ortsausschuß Nürnberg des A. D. G. B. hat gegen diese Verkürzung Stellung genommen. Als Vertreter von 92 000 Arbeitern und Angestellten erhielt er Protest. Die angenommene Entschlieung endet mit folgenden Worten:

„Die Entschlieung des Ministeriums für soziale Fürsorge bedeutet praktisch die Aufhebung des Achtstundentages. Die freigeordnete Arbeitererschaft Nürnbergs ist nicht gewillt, sich diese wichtige soziale Errungenschaft nehmen zu lassen und fordert die Zurücknahme der unsozialen Verordnung vom 12. Oktober 1920.“

Beim Reichsarbeitsministerium wurde gegen die Auslegungssache Oswalds Beschwerde eingelegt. Wir hoffen, Herr Dr. Brauns, der den christlichen Gewerkschaften ebenfalls nahesteht, zeigt etwas mehr Verständnis für die Notwendigkeit des Achtstundentages als sein bayerischer Kollege.

Erlöser.

Schrei der Seelen lobet zum Himmel auf,
 Achzende Lippen rufen in endlose Fernen,
 Blutende Herzen sehen empor zu den Sternen —
 Und die Jahre wandern in fühllosem Lauf.

Herzen strahlen von silberschimmernden Bäumen,
 Märchen umglänzen der Tage zersplittertes Kleid,
 Sonnige Gärten erblühen in seligen Träumen —
 Schummernd wartet die Wüste der Wirklichkeit.

Deine Sinne schaukeln in goldenen Nächten
 Zu den leuchtenden Ufern urrewiger Luft,
 Lieber füllen die fröhlich atmende Brust —
 Graue Sorge umflüstert dein kaltes Erwachen.

Nimmer wird die Erlösung im Traume dir reifen,
 Unter den Schleiern seufzet dein Weh und dein Ach.
 Was deinen Sehnsuchtsaugen, lebendig und wach,
 Wesenlos fließt, wirst du niemals, niemals ergreifen.

Schüre die Flamme der Tat am eigenen Herde,
 Pflüge der Arbeit wunderkräftiges Land.
 All dein Leib, es wurzelt in dieser Erde,
 Alle Kraft verbirgt sich in deiner Hand.

Willst du der Zeit die hellen Gewänder spinnen,
 Bruder und Schwester, ringe zu Boden die Pein.
 Alle Erlösung, ihr müßt sie im Kampfe gewinnen:
 Retter euch selber, Schöpfer und Heiland sein.

Ernst Preysing

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Ein Kassale-Brevier ist jetzt als zweiter Band der Sammlung „Breviere des Sozialismus“, im Verlag der Buchhandlung Vorwärts (Preis 2,50 Mk.) erschienen, wieder, wie der erste Band das Marx-Brevier, in Auswahl und Gruppierung von Franz Tiefenbach bearbeitet und von ihm eingeleitet. Was diese Breviere wollen, ist, mit wenigen Worten gesagt, dieses: In Zügen und Gedankenreihen aus den Werken und Briefen großer Sozialisten die Arbeit sichtbar machen, die sie als Bahnbrecher der Arbeiterbewegung geleistet haben, und diese Aufgabe so zu geben, daß sie das Bild der jeweils rebuschen und wirkenden Persönlichkeit entwickeln. — In sechs Abschnitten gibt das Kassale-Brevier seinen bedeutenden Stoff. Im ersten Abschnitt, betitelt: „Revolutionärer Tageskampf“, amiet der junge Kassale, der von sich sagte, er sei als ein Verzehnjähriger Revolutionär, als ein Sechzehnjähriger entscheidender Sozialist gewesen: hier ringt der werdende Geist, der sich berufen fühlt, Märtyrer des Menschheitsglücks zu sein. — Der zweite Abschnitt: „Staat, Verfassung, Volksgeltung“, geht aus von Kassales Ansichten über den Staat, seine Aufgabe und Bestimmung und die fundamental verschiedene Auffassung, die bei den staatsfeindlichen Liberalen und im Arbeiterstand über den Staatszweck herrschen; was Kassale über Verfassungswesen und Verfassungskampf im Revolutionskampf und in der Zeit des preußischen Konflikts, hürnisch in den Kampf eingreifend, äußerte, zieht anschließend vorüber. — Die nächsten drei Kapitel, den Hauptraum des Breviers füllend, entwickeln im wesentlichen den Inhalt der Arbeit, die Kassale 1863 und 1864 als Programmleiter, Organisator und Initiator der durch seine Energie vorwärtsgetriebenen deutschen Arbeiterbewegung vollbrachte. Die Phase von der Arbeiterprogrammrede bis zum „Eisernen Antworthreiben“ gibt dem dritten Abschnitt den Inhalt. — Im vierten Abschnitt sind die Beziehungen über den Vorkrieg der Produktivassoziationen mit Staatshilfe zusammengestellt, und im fünften Abschnitt — „Die erste Praxis der Arbeiterpartei“ — zieht in großem Maße die leidenschaftliche, gewaltige Leistung vorüber, die Kassale, sehr leichtes Lebensjahr großsteigend, zum Massenführer deutscher klassenbewußter Arbeiterschaft bis heute herauf werden ließ. All diese Abschnitte sind reich an Ausbeute aus den Briefen, die Kassale damals verband, ausläurend, rühmend an Arbeiter, Parteigenossen, Gelehrte geschrieben hat. An einer Zusammenstellung dieser Briefe hat es bislang gefehlt: hier werden sie organisch verbunden in der Entwicklung der einfachen Bewegung sichtbar. Man hat hier den Versuch, ein wichtiges Stück Geschichte der Arbeiterbewegung in persönlichem Pulsieren zu entrollen. — Der letzte Abschnitt endlich stellt die Beziehungen zusammen, die für Kassales Geschichte aufzufassung charakteristisch sind, ein Kapitel, das zu interessanten Vergleichen mit dem gleichlautenden Abschnitt des Marx-Breviers anregen mag. Mit einer Uebersicht der Schriften Kassales (einschließlich der verstreuten Briefveröffentlichungen) und einem Inhaltsverzeichnis, das alle Quellen nennt, schließt dieses Brevier.

• Briefkasten •

Mehrere Notizen „Aus unserer Bewegung“ mußten wegen Raummangels zurückbleiben. Sie finden Aufnahme in Nr. 1, die am 7. Januar 1921 erscheint. Die Redaktion.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeindefreie und Staatsbedienten G. K. K. in Bonn, Bonnverlagsgesellschaft m. b. H., Bonn, Postfach 10. Hauptverlag: Die 15. Band: Kommunistische Buchverlag und Verlagsgesellschaft, Bonn, Postfach 10. Hauptverlag: Die 15.

• Verbandsteil •

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
Das Resultat der Abstimmung über die Beitragserhöhung ist folgendes: Es haben abgestimmt

130 626 = 43,7 Prozent, davon mit ja 81 900, mit nein 47 029.

Die Beitragserhöhung ist also mit nahezu Zweidrittelmehrheit angenommen.

Nachdem die Abstimmung beendet und die Mitgliedschaft gesprochen hat, treten nunmehr mit dem 1. Januar 1921 die erhöhten Beiträge in Kraft. Die Höhe des Beitrages, der von den einzelnen Mitgliedern zu zahlen ist, wird bestimmt durch keinen Wochenverdienst. Beträgt dieser 50 Mk. einschließlich, dann ist der Beitrag wöchentlich 1 Mk., bis einschließlich 100 Mk. 1,50 Mk., bis einschließlich 150 Mk. 2 Mk. und über 150 Mk. 2,50 Mk. Hinzu kommen die Ortszuschläge, welche von den Filialen festzusetzen werden. Bis einschließlich der 53. Woche dieses Jahres sind die Beiträge in der bisherigen Höhe zu leisten. Mit der ersten Woche 1921 sind dann die erhöhten Beiträge zu zahlen.

Die erhöhten Unterstützungen für Streit, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Beihilfe in Sterbefällen treten nach 26 wöchiger Beitragszahlung der erhöhten Beiträge in Kraft. Wenn während dieser Zeit keine beitragsfreien Wochen gefest werden, ist dies der 3. Juli 1921. Hierzu bemerken wir ausdrücklich, daß bei Unterstützungen, die vor dem 3. Juli 1921 beginnen und dann darüber hinausgehen, die Berechnung nicht nach der Unterstützungssumme, sondern nach den Unterstützungswochen erfolgt. Das heißt, hat ein Mitglied der 2,50 Mk. Beitragsklasse, das berechtigt ist, für fünf Wochen Unterstützung zu beziehen, vom 20. Juni bis 2. Juli, zwei Wochen à 9 Mk. erhalten, dann hat es noch ein Anrecht auf drei Wochen à 12 Mk. Diese Regelung gilt für alle Unterstützungsarten. Zudem wir noch auf Spalte 991 dieser Nummer verweisen, rufen wir allen Mitgliedern ein „Glückauf“ zum neuen Jahre zu.

Mit Nr. 1 werden versandt die Inhaltsverzeichnisse für „Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“. Einbanddecken werden in nächster Zeit gleichfalls geliefert. Die Filialen werden ersucht, Bestellungen auf Inhaltsverzeichnisse und Einbanddecken sofort bei uns anzugeben. Der Verbandsvorstand.